

chen. Dazu aber müssen vor allem die Spielregeln im Welthandel neu und gerecht überdacht werden, um diesen Speerspitzen des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft (Ecorestructuring) überhaupt eine realistische Chance zu geben. Die Spielregeln des Welthandels müssen zu transparenter sozialer und ökologischer Neuerung ermuntern, statt diese mit der Fiktion, daß vollkommen freier Welthandel immer wohlstandsmehrend sei, zu unterdrücken. Die in Europa geführte „Standortdiskussion“ ist der Ausdruck dieses Weltmarktgedankens, das der kulturellen und sozialen Selbstbestimmung den Boden entzieht und den Maximen des stillschweigend zur Weltreligion erhobenen Materialismus den nicht zu hinterfragenden Vorrang gibt.

Literatur:

Globale Trends 1993/94 der Stiftung für Entwicklung und Frieden, Fischer Verlag, Frankfurt/Main.
 W. R. Cline, Der Bekämpfung des Treibhauseffektes eine faire Chance einräumen, in „Finanzierung & Entwicklung“, März 1993.
 H. E. Daly, Die Gefahren des freien Handels, in „Spektrum der Wissenschaft“, Januar 1994, Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg.
 FAO, Conference on Agriculture and the Environment, Report, Agenda of Action, Rom 1991.
 O. Hohmeyer - M. Gärtner, The Costs of Climate Change, Fraunhofer-Institute for Systems and Innovation Research, Karlsruhe 1992.
 J. M. Keynes, National Self-Sufficiency I und II, in „The New Statesman and Nation“, London, Juli 1933.
 Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, KOM(93) 700 endg., Brüssel 1993.
 W. D. Nordhaus, To Slow or Not to Slow: The Economics of the Greenhouse Effect, in „The Economic Journal“ 101, p. 920-937, Juli 1991 (McMillan, London).
 D. Pimentel, Natural Resources and an Optimum Human Population, in „Population and Environment“, New York 1994.
 H. Wohlmeyer, Zur Rezeption der ökologischen Vorgaben in Gesellschaft und Gesetzgebung, Wien 1994 (im Druck).

Dieter S. Lutz
 Die verpaßte
 Jahrhundert-
 chance?

Krieg und Frieden
 nach der
 Zeitenwende

Im folgenden wird mit kräftigen Strichen das bedrohliche Zukunftsszenarium gemalt, aus dem es kaum ein Entrinnen zu geben scheint. Länder wie Deutschland und Österreich sind aufgrund gemeinsamer Schuldverstrickungen besonders dazu aufgerufen, sich aktiv gegen diese Entwicklung einzusetzen und einem wirklichen Frieden zu dienen. Die Kirchen haben maßgeblich an der Bewußtseinsbildung in diese Richtung mitzuarbeiten.

red

1. Trends zum
 Weltuntergang?

Ende der achtziger Jahre ist eingetreten, was viele herbeigesehnt haben, aber kaum jemand zu diesem Zeitpunkt erwartet hat: Der Kalte Krieg ist vorbei, der Warschauer Pakt ist aufgelöst, die Sowjetunion ist zerfallen,

Deutschland ist wiedervereint. Frieden und Sicherheit können endlich auf ein dauerhaftes und stabiles Fundament gestellt werden – eine Chance, die vielleicht nur alle fünfhundert Jahre wiederkehrt.

Zu Beginn der neunziger Jahre wird jedoch immer offensichtlicher, daß die Staaten und Völker der Welt in dramatischer Weise auf dem Wege sind, ihre Jahrhundertchance zu verpassen. Dies gilt auch und vor allem für die Bundesrepublik Deutschland. Zu den entscheidenden Fehlern und Defiziten der gegenwärtigen Sicherheitspolitik gehört ihre weitgehende Konzeptionslosigkeit in Friedensfragen, sei es bei der Lösung von Konflikten wie in „Jugoslawien“, sei es bei der Fortentwicklung von Institutionen wie der NATO. Was ist die Konsequenz? Zeichnet sich am Horizont nicht bereits wieder ein in Abschreckungsblöcken zerrissenes Europa ab, in dem das Militärpotential Deutschlands eine größere Rolle spielt als seine zivilen Möglichkeiten?

Weiteres Fehlen einer stabilen Friedensordnung

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes scheint zwar die Gefahr eines Weltkrieges vorerst gebannt. Von der endgültigen Beseitigung der Institution Krieg und von der Bildung einer stabilen Friedensordnung „auf Dauer“ kann gleichwohl nicht gesprochen werden: Die Zahl der Kriegsschauplätze ist weltweit nicht zurückgegangen, und noch immer sterben viele Hunderttausende von Menschen durch direkte Kriegseinwirkung, jüngst auch mitten in Europa. Ferner existieren noch immer Zehntausende Atomwaffen auf der Erde, gibt es vermutlich weltweit ca. 26 Millionen Soldaten in regulären Streitkräften und weitere 40 Millionen in Reserve. Darüber hinaus wurden und werden auch weiterhin neue Rüstungstechnologien erforscht (z. B. für den Weltraum) oder neue Waffen produziert (z. B. hochexplosive konventionelle Sprengmittel). Und trotz Abrüstungsverträgen und -verhandlungen werden allein die atomaren Supermächte auch weiterhin Tausende neuer strategischer Waffen besitzen oder stationieren (vertikale Proliferation) und nimmt ferner die Zahl der tatsächlichen oder potentiellen Atomwaffenbesitzer noch immer zu (horizontale Proliferation). Ähnliches gilt im übrigen auch für die Verbreitung von chemischen Waffen und den Besitz ballistischer Raketen und anderer sog. exotischer Waffen. Noch immer also sind weder das globale Wettrüsten noch die Gefährdung des Friedens durch Krieg bewältigt, machen regionale Konflikte, darunter zunehmend auch ethnische Konflikte, ferner die Eigendynamik der vielfältigen Rüstungswettläufe und immer neue Militärtechnologien konventionelle, aber auch atomare Kriege denk-

Frieden – Bewahrung der Lebensgrundlagen

möglich, die beabsichtigt oder wider Willen, bewußt oder aus Versehen, vorbeugend oder reaktiv, in jedem Fall aber mit dem Risiko *grenzüberschreitender* Wirkung geführt werden (können).

Frieden ist darüber hinaus – auch aus theoretischer und definitorischer Sicht – nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern auch der Prozeß, der im Zusammenleben der Völker und Menschen Gewalt, Ausbeutung, Hunger und Unterdrückung beseitigt und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt bzw. wiederherstellt. Nach wie vor leben jedoch 1,2 Milliarden Menschen der sog. Dritten Welt in Massenarmut und Masseneleid. 1,5 Milliarden Menschen fehlt es an grundlegender Gesundheitsfürsorge. Ca. 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. Tag für Tag sterben ca. 40.000 Menschen, zumeist Kinder, an Hunger und seinen Folgen.

Doch das jährliche Defizit an ökonomischer und humaner Entwicklung nimmt in weiten Teilen der Welt auch künftig noch enorm zu. Zum einen wächst die Weltbevölkerung auch weiterhin exponentiell. Zum anderen werden weiterhin Ressourcen vergeudet, veröden Weide-, Wiesen- und Anbauflächen, werden Kriege geführt, zukünftig nicht zuletzt auch wegen knapper Ressourcen wie Wasser. Nicht auszuschließen ist auf Dauer, daß einer dieser regionalen Kriege den grenzüberschreitenden Zündfunken – und sei es nur aus Gründen millionenfacher Migrations- und Fluchtbewegungen – für einen künftigen Weltkrieg auch unter Beteiligung der atomaren Weltmächte oder anderer hochindustrialisierter Staaten in sich birgt.

Aber auch ohne offenen Ausbruch eines Weltkrieges sind die globalen grenzüberschreitenden Gefahren, die aus der Gewalt in Form der Armut in der sog. Dritten Welt resultieren, nicht länger zu leugnen: Das Abholzen der Wälder in der Dritten Welt hat weltweit tiefgreifende Folgen für die Umwelt; der Mißbrauch von Chemikalien kehrt in den Lebens- und Konsummitteln aus der Dritten Welt in die Industriestaaten zurück; das Sicherheitsrisiko ziviler Kernreaktoren (in der Dritten Welt) tragen alle; die Migrationsbewegungen der Dritten Welt machen schon heute vor den Toren des hochindustrialisierten Nordens nicht halt.

Insbesondere „die immer krasser zutage tretende Ökologiekrisis stellt für die nationale Sicherheit – ja für das nationale Überleben – unter Umständen eine größere Bedrohung dar, als ein gutbewaffneter, übelwollender Nachbar oder feindliche Militärbündnisse“ (Brundtland-Bericht). Die zunehmenden Umweltkatastrophen sind

keine „Natur“-Katastrophen im herkömmlichen Sinne mehr, sondern grenzüberschreitende Folgen einer falschen Politik.

Was sind die Konsequenzen? Eine verseuchte und vergiftete Nachwelt, in der die Menschen vielfältigen Krankheiten ausgesetzt sind, in der sich Dürrekatastrophen mit Flutkatastrophen abwechseln, in welcher Hunger und die Knappheit der Ressourcen das Gesetz des Handelns bestimmen und u. a. Migrations- und Fluchtbewegungen bislang ungekannten Ausmaßes hervorrufen? Sind künftig auch „Umweltkriege“ nicht auszuschließen, sei es als Kriege *um* knappe Naturressourcen, z. B. Wasser, sei es als Kriege *gegen* Verursacher (drohender) Umweltkatastrophen, sei es als Aggressionen *mit* Hilfe auch umweltvernichtender Kampfmittel?

2. Deutschlands „Vorreiterrolle“

Was ist die Alternative? Die Geschichte lehrt, „daß Menschen immer nur Aufgaben anpacken, die nicht nur ‘fast’, sondern in greifbarer Realität tatsächlich präsent sind. Armut wird nicht vermieden, sondern bekämpft. Das gilt auch für die Überlebensgefahren. Ohne Hiroshima hätte es wahrscheinlich weitere Atomkriege gegeben. Wenn Bangladesch oder gar die Niederlande vom Meer überspült werden, wird es internationales Handeln geben, nicht früher“ (Ralf Dahrendorf).

So pessimistisch diese Aussage auch klingt, so beinhaltet sie doch eine letzte Hoffnung, die über die Chance des bloßen „Durchwurstelns“ hinausweist: Gibt es nicht Völker und/oder Staaten, die ihre Lehre aus der Geschichte bereits dergestalt gezogen haben, daß sie schon heute in besonderer Weise sensibel für existentielle Gefahren sind und sich als moralisch mitverantwortlich für deren Abwendung oder Verhütung fühlen? Diese Frage richtet sich auch und gerade an Deutschland, das die Völker der Erde allein im 20. Jahrhundert zweimal in einen Weltkrieg gestürzt hat. Sucht man die Antwort im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, so wird die Lehre, die der Parlamentarische Rat 1948/49 aus dem Unrecht der Vergangenheit gezogen hatte, offensichtlich: Der zu errichtenden Bundesrepublik sollten über eine Vielzahl einmaliger Grundgesetznormen innenpolitisch, vor allen aber auch außenpolitisch neue Mittel und Wege erschlossen werden. Der Friedenswille des deutschen Volkes sollte in Abkehr von einem System, das selbst vor Angriffskriegen und Massenmorden und Versklavungen nicht zurückgeschreckt war, zum unabänderlichen Leitgedanken und Wesensmerkmal des Grundgesetzes erhoben werden. Das deutsche Volk sollte künftig – so bereits die Präambel des Grundgesetzes – „dem Frieden der Welt dienen“.

Sich dienend „zur Verfügung stellen“

„Dienen“ heißt aber nichts anderes, als „sich aktiv zur Verfügung zu stellen“. Sich dem Frieden *zur Verfügung zu stellen*, beinhaltet wiederum die Bereitschaft, auch „Vorleistungen zu erbringen“, gegebenenfalls sogar (kurzfristige) „Nachteile in Kauf zu nehmen“. Das aktive Moment in der Bedeutung von „dienen“ schließt ferner ein Verständnis dieser Absichtserklärungen im Sinne von „abwarten“, „Ruhe bewahren“ oder „anderen die Initiative überlassen“ aus. Es verlangt vielmehr Engagement und Eigeninitiative vom „Deutschen Volk“ im Sinne einer stetigen und nachhaltigen Friedenspolitik, mit dem Ziel der dauerhaften Abschaffung der Institution Krieg und dem dynamischen Aufbau gewaltfreier internationaler Strukturen.

Folgt man dem Parlamentarischen Rat von 1948/49, so kommt den Deutschen in Fragen der Friedens- und damit auch der Weltinnenpolitik eine Vorreiterrolle zu. Aktuell in besonderer Weise gefordert ist die Bundesrepublik Deutschland aber noch aus einem weiteren Grund. Wie kaum ein anderer Staat hat sie vom Ende des Ost-West-Konfliktes profitiert – auch nach Ansicht des Bundesverteidigungsministers Rühle: „Der Sicherheitsgewinn kommt vor allem Deutschland zugute. Deutschland liegt nicht mehr in unmittelbarer Reichweite eines zur strategischen Offensive und Landnahme befähigten Staates. Für Deutschland ist die existentielle Bedrohung des Kalten Krieges irreversibel überwunden. Der bedrohlichste Fall einer großangelegten Aggression ist höchst unwahrscheinlich geworden“ (Verteidigungspolitische Richtlinien vom 26. November 1992).

Nimmt man die Aussage des Bundesverteidigungsministers ernst, so stellt sich die Frage, ob die bisherigen finanziellen Aufwendungen für die militärische Sicherheit künftig nicht anders sinnvoller und effektiver eingesetzt werden können: für eine Sicherheits- und Risikovorsorge im Rahmen der Abwendung der beschriebenen katastrophalen Trends oder zumindest zur Minderung ihrer Folgen und Auswirkungen, inkl. zur Linderung der schon heute bestehenden existentiellen Gefahren, z. B. der Massenarmut in der sog. Dritten Welt.

Ausgaben in Höhe der gewaltigen Summe von 50 Milliarden DM dienen als Militäretat weder der Verteidigung Deutschlands, da der Aggressor fehlt, noch tragen sie zur Rettung von Menschenleben bei, wie das Beispiel Bosnien-Herzegowina zeigt. Dieselben Ausgaben – oder Teile davon – im Rahmen einer wohlverstandenen Weltgesellschaftspolitik eingesetzt, könnten aber z. B. zur Bewältigung des Ozon-Lochs (und seiner Folgen) führen oder

Endlich die
Vorreiterrolle
ergreifen

z. B. das Migrations- und Flüchtlingsproblem lindern oder würden z. B. (statistisch) ausreichen, alljährlich 15 Millionen Menschen in der sog. Dritten Welt vor dem Hungertod zu retten.

Haben die Deutschen ihre Lektion aber wirklich gelernt, d. h. die vom Parlamentarischen Rat Ende der 40er Jahre gezogenen Lehren angenommen und umgesetzt? Zu Beginn der 90er Jahre sind Zweifel mehr als angebracht: Verfassung und Verfassungswirklichkeit klaffen auseinander. Friedensgebot und organisierte Friedlosigkeit widersprechen sich. Eine Vorreiterrolle Deutschlands ist nicht erkennbar. Im Gegenteil: Der „Naturverbrauch“ der Deutschen ist wesentlich höher als der anderer Völker. Im weltweiten Waffengeschäft nimmt die Bundesrepublik mittlerweile den dritten Platz ein. Ihre „Entwicklungshilfe“ liegt hingegen mit weniger als 0,4 Prozent ihres Bruttosozialproduktes weit unter der UN-Empfehlung von 0,7 Prozent. Ganz zu schweigen von der jüngsten Disproportion ziviler und militärischer Mittel im Rahmen von (im übrigen wohl verfassungswidriger) sog. Humanitärer Interventionen, z. B. in Somalia.

Bleibt also nur das „Weiterwursteln“ – je nach Perspektive und Standpunkt: mit oder ohne Hoffnung? Wer diese Frage bejaht, begibt sich der einmaligen Chancen, die das Ende des Ost-West-Konflikts bot. Noch sind diese Chancen nicht gänzlich verpaßt. Noch besteht die Möglichkeit, das Schicksal der Menschheit zu beeinflussen. Ein erster Schritt wäre gemacht, wenn es rechtzeitig gelänge, eine große, die gesamte Gesellschaft einschließende Diskussion über diese Fragen zu initiieren.

Gunter M.
Prüller-
Jagenteufel
Unfähig zur
Solidarität?

Wie gehen Menschen unserer Breiten mit der Situation und Entwicklung der heutigen Welt um? Werden sie immer egozentrischer, sodaß man von „Entsolidarisierung“ sprechen muß – was voraussetzen würde, daß es früher besser war –, oder kann man eher von wachsender Solidarität gegenüber den Mitmenschen wie gegenüber der Natur sprechen? Und welches sind die sozialpsychologischen Voraussetzungen für das eine wie für das andere? Diesen Zusammenhängen von Persönlichkeitsstrukturen und Solidaritätsfähigkeit geht der Autor im folgenden nach, um bewußt zu machen, was heute auch von der Pastoral besonders gefördert (und von der Kirche praktiziert) werden sollte.